



Medienmitteilung Nr. 1193

Bern, 24. Februar 2022

Kein weiterer Abbau der postalischen Grundversorgung

Eine Expertenkommission des Bundes hat heute ihren Bericht zur Grundversorgung mit Postdienstleistungen präsentiert. Für die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB kommt ein weiterer Abbau bei der Grundversorgung nicht in Frage. Unbestritten ist hingegen, dass die Grundversorgung modernisiert und an die geänderten Kundenbedürfnisse und technischen Möglichkeiten angepasst werden muss.

Die Expertenkommission des Bundes unter der Leitung von alt Ständerätin Christine Egerszegi hat heute ihren Bericht zur Weiterentwicklung der postalischen Grundversorgung vorgestellt. Die im Bericht enthaltenen Vorschläge laufen auf einen weiteren Abbau der Grundversorgung hinaus und können von der SAB nicht akzeptiert werden. So führen die Vorschläge zu einem weiteren Kahlschlag bei den Poststellen. Statt wie aktuell rund 800 eigenbetriebene Poststellen würde es nur noch rund 300 geben. Die A-Post-Briefe würden verschwinden. Briefe sollen stattdessen nur noch nach drei Tagen zugestellt werden. Und die tägliche Zustellung von Zeitungen und Zeitschriften soll gar ganz aus dem Grundversorgungsauftrag fallen. Die SAB akzeptiert einen derartigen weiteren Abbau der Grundversorgung nicht. Auch die Bundespolitik hat in den vergangenen Jahren klare Zeichen gesetzt, dass die Grundversorgung nicht geschwächt, sondern ausgebaut werden muss. So wurden z.B. erst gerade im Jahr 2019 die Erreichbarkeitsvorgaben für das Poststellennetz verschärft.

Physische Zugangspunkte weiterhin wichtig

Der Expertenbericht enthält zum Teil auch widersprüchliche Aussagen. So wird beispielsweise ausgeführt, dass ein Umbau des Poststellennetzes ökologisch sinnvoll sei. In der Tat ist jedoch das Gegenteil der Fall. Denn die Kundinnen und Kunden fahren bei einem Abbau der Poststelle einfach mit dem Auto zum nächsten Ort, wo es noch eine vollwertige Poststelle mit den entsprechenden Dienstleistungen gibt. Gerade in Randregionen ist es wichtig, dass physische Zugangspunkte erhalten bleiben. Im Sinne eines integrierten Ansatzes können dabei durchaus verschiedene Grundversorgungsleistungen miteinander kombiniert werden. Die SAB hat dazu schon verschiedene Modellprojekte durchgeführt und auch die Expertenkommission spricht sich für derartige integrierte Angebote aus.

Andere Finanzierungsoptionen prüfen

Der Expertenbericht zielt offensichtlich darauf ab, Einsparpotenzial im Bereich der Grundversorgung aufzuzeigen. Dabei wurden aber leider verschiedene Finanzierungsoptionen ausgeblendet. So wäre es beispielsweise angebracht, dass der Bund

in Zukunft auf eine Dividendenausschüttung des Postkonzerns an den Bund verzichtet. Der Bund hat auf diesem Weg lange Zeit jährlich 200 Mio. Fr. erhalten, aktuell sind es immer noch 50 Mio. Fr. pro Jahr, welche in die allgemeine Bundeskasse fliessen.

Grundversorgung laufend anpassen

Für die SAB ist klar, dass sich die Grundversorgung laufend an die geänderten Kundenbedürfnisse und an die technologischen Möglichkeiten anpassen muss. Bestehende Grundversorgungsleistungen können dank der zunehmenden Digitalisierung verbessert werden. Zudem können dank der Digitalisierung auch neue Grundversorgungsleistungen aufgebaut werden, wie z.B. in den Bereichen E-Health und E-Voting. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Daten wird es aus Sicht der SAB auch unerlässlich sein, den Zugang zu Daten in Form eines digitalen Service public zu regulieren. Diese Tendenzen wurden im Expertenbericht erkannt und werden von der SAB unterstützt. Die SAB weist aber mit Nachdruck darauf hin, dass auch weiterhin physische («analoge») Grundversorgungsleistungen nötig sind. Digitale und analoge Grundversorgungsleistungen werden über längere Zeit parallel angeboten werden müssen, sonst droht ein Ausschluss von Teilen der Bevölkerung von den Grundversorgungsleistungen, was dem Grundgedanken der Grundversorgung diametral widerspricht.

Diskussion um Postfinance sistieren

Der heute veröffentlichte Bericht hat einen direkten Bezug zur Diskussion um eine allfällige Privatisierung von Postfinance. Die entsprechende Vorlage wird derzeit von der vorberatenden Kommission des Ständerates behandelt. Aus Sicht der SAB muss die Beratung dieses Geschäftes ausgesetzt werden, bis Klarheit besteht, wie es mit der postalischen Grundversorgung weiter geht. Denn eine vollständige Privatisierung von Postfinance hätte massive Auswirkungen auf die Ertragslage des Postkonzerns und damit die Finanzierung der Grundversorgung.

Weitere Informationen:

- Christine Bulliard-Marbach, Präsidentin der SAB und Nationalrätin, Tel. 079 449 05 69
- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 031 382 10 10